

Indonesien 55 Jahre nach Suhartos Machtergreifung: Strafflosigkeit beenden, Menschenrechte sichern!

Bericht zur Podiumsdiskussion am Tag der Menschenrechte

Am 10. Dezember 2020 organisierten Watch Indonesia e.V., die deutsche Sektion von Amnesty International, das International People's Tribunal '65 (IPT) und die Stiftung Asienhaus eine Online-Podiumsdiskussion zum Thema der anhaltenden Strafflosigkeit in Indonesien, die zu immer neuen Menschenrechtsverletzungen führt. Ausgehend von dem bis heute unaufgearbeiteten Massaker 1965/66 bei dem hunderttausende des Kommunismus bezichtigte Indonesier*innen ermordet wurden, beleuchteten drei Expert*innen aus Indonesien und Deutschland verschiedene Aspekte des Themas. Andreas Schüller, Leiter des Programmbereiches Völkerstraftaten und rechtliche Verantwortung beim European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) moderierte die Veranstaltung.

Yunantyo Adi Yunantyo, Anwalt und Aktivist in der Gedenkarbeit zu den Massakern der Jahre 1965 und 1966, erklärte, dass er zumindest auf internationaler Ebene Fortschritte sieht, was das Gedenken an die Verbrechen angeht. Als Vorsitzender des Gedenkkomitees koordinierte er die offizielle Einweihung eines Grabsteins inklusive eines Gruppengebets am Massengrab von Plumbon in Zentral-Java.

Yunantyo beschrieb, dass es immer noch sehr schwierig ist, für Gerechtigkeit für die Opfer der Massaker einzutreten. Dennoch versuchen er und seine Mitstreiter*innen, ein Gedenken zu etablieren, das einen Reflexionsprozess auslöst. Ein Beispiel dafür ist die Gedenkstätte in Plumbon. Seit ihrer Einrichtung wird sie von vielen Menschen besucht, die von weit her anreisen, um ihrer Angehörigen zu gedenken. Leider konnten nicht alle der ermordeten Opfer identifiziert werden. Zu denjenigen, die festgestellt werden konnten, wurden einige erste Informationen in den Gedenkstein graviert.

Die Täter von damals konnten fliehen und ließen die Zeug*innen der Verbrechen traumatisiert zurück. Für die Errichtung der Gedenkstätte lud Yunantyos Gruppe Gemeindevertretende ein und versuchte, eng mit lokalen Akteur*innen zusammenzuarbeiten. Dazu gehörten auch Organisationen, die sich als antikommunistisch bezeichnen. Zur Einweihung des Friedhofsgeländes wurden neben Regierungsvertretenden auch Polizei- und Militärangehörige eingeladen, religiösen Persönlichkeiten, Studierenden und der Forstbehörde. Die Idee dahinter war, störende Aktionen von bestimmten Gruppen gegen die Veranstaltung zu verhindern und sie stattdessen von Anfang an einzubeziehen.

Weiterhin bestand die Absicht, eine Diskussion über die geschehenen Verbrechen anzustoßen und möglichst viele Mitglieder der Gesellschaft daran zu beteiligen. Viele Medien berichteten über die Zeremonie und sogar internationale Institutionen forderten Daten und Fotos von der Gruppe an. Dennoch ist es nach wie vor schwierig, an

verschiedenen Plätzen ähnliche Gedenkorte aufzubauen. Besuche in Deutschland inspirierten Yunantyo hinsichtlich einer starken Erinnerungskultur, sagte er. Elemente wie Stolpersteine könnten als Vorbild für Indonesien dienen.

Im Anschluss an Yunantyo stellte **Oliver Pye, Dozent an der Universität Bonn** die Verbindung zwischen den Gräueltaten der Vergangenheit und der derzeit boomenden Palmölindustrie her. Er führte aus, dass der gesamte Sektor auf schweren Menschenrechtsverletzungen aufbaut, die bis ins Jahr 1965 zurückreichen. Nach erfolgreichen Streiks für höhere Löhne verstaatlichte der damalige Präsident Sukarno viele Tabak- und Kautschukplantagen und erteilte dem Militär Verwaltungsgenehmigungen. In der Folge wurden viele Gewerkschaften zerschlagen, was den Weg für die heutigen Großunternehmen der Palmölindustrie ebnete. Auch als Palmöl-Oligarchie bezeichnet, sind die meisten Unternehmen im Besitz von Militärs oder politischen Parteien oder Funktionären, die das Regime unterstützten. Viele der Täter von damals haben auch heute noch das Sagen, ohne eine Strafverfolgung fürchten zu müssen.

Dies geht einher mit massenhaften Enteignungen von Land der lokalen und indigenen Bevölkerungen und Landkonflikten, z.B. in Kalimantan oder Papua. Aus Sicht eines ökologischen Ansatzes forderte Pye, die Expansion der Palmölwirtschaft wie sie derzeit betrieben wird, als Verbrechen gegen die Natur und Menschenrechte zu charakterisieren. Diese werden meist durch transnationales Kapital von Unternehmen oder Banken mit Sitz in den USA oder Europa finanziert. Obwohl riesige Summen für den Sektor ausgegeben werden, entspricht der übliche Mindestlohn einem Hungerlohn, der nicht zum Überleben reicht. Viele Arbeiter*innen sind mit prekären und kurzzeitigen Verträgen konfrontiert. Überdies zwingen Akkordarbeit und Stücklohn viele Arbeiter*innen dazu, ihre Familienangehörigen mit einzubeziehen, um ein Einkommen zu erreichen, das die Bedarfe des täglichen Lebens deckt. Dies ist einer der Gründe für Kinderarbeit. Auch fehlt es an grundlegenden Sicherheitsvorkehrungen an ihren Arbeitsplätzen. Das Problem dabei ist, dass diese Praktiken oft legal sind und daher nicht als Menschenrechtsverletzungen verfolgt werden.

Wanderarbeiter*innen machen einen Großteil der Beschäftigten auf den Plantagen aus. Sie werden oft illegalisiert und sind gewaltsamen Repressionen durch die Staaten, in denen sie arbeiten, ausgesetzt. Ein Subunternehmer- und Leihsystem, das sie ins Land holt, führt zu Schulden und Abhängigkeiten. Obwohl es vielen Arbeiter*innen offiziell erlaubt ist, sich in Gewerkschaften gegen diese Umstände zu wehren, wird ihnen dies in der Praxis von Unternehmen und staatlichen Stellen massiv erschwert. Eine vorherige Registrierung zur Gründung von Gewerkschaften macht es den Unternehmen leicht, frühzeitig einzugreifen und die Verträge der betroffenen Arbeiter*innen zu kündigen. Dass die Täter von damals (1965/66) auch heute noch an der Macht sind, zeigt sich an der Ausweitung systematischer Menschenrechtsverletzungen und der weit verbreiteten Straflosigkeit, die der Fortsetzung dieser Missstände dient.

Elvira Rumkabu, Dozentin für Internationale Beziehungen an der Universität Cenderawasih in Jayapura und Mitglied des Dewan Adat Papua (Rat für Papuanisches Gewohnheitsrecht) referierte über die aktuelle Menschenrechtssituation in Papua.

Aktuelle Menschenrechtsvergehen werden von einem staatlich produzierten Narrativ der inneren Sicherheit überschattet. Dieses dient nicht nur als Rechtfertigung Truppen nach Papua zu senden, sondern führt auch dazu, dass staatliche oder andere Menschenrechtsverletzungen ausschließlich als Bestandteil und Folge einer separatistischen Auseinandersetzung betrachtet werden.

Einer der jüngsten Vorfälle ist die Erschießung von Pastor Yeremia Zanambani im September, der in einer 2008 neu eingerichteten Provinz getötet wurde. Kirchliche Institutionen in Indonesien fordern Untersuchungen und Gerechtigkeit für das Opfer. Ein Team der papuanischen Verwaltung, dem auch Elvira angehört, untersucht die außergerichtliche Tötung.

Die Eskalation der Gewalt zwischen den Streitkräften der indonesischen Armee (TNI) und der Befreiungsarmee Papuas (TPNPB) hat auch zu Zwangsvertreibungen vieler Einheimischer geführt. Die TNI hat darüber hinaus gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen, indem sie die YPPGI Hitadipa Grundschule besetzt hat, die sogar als Hauptquartier des temporären Militärkommandos (Koramil) Hitadipa genutzt wurde. Dies verdeutlicht die systemische Gewalt, die von militärischen Institutionen ausgeübt wird. Der Ausbruch von Gewalt seit Oktober 2019 hat vor allem Zivilist*innen und unbeteiligten Familien Schaden zugefügt. In vielen Fällen fehlt es an unabhängigen Ermittlungen und rechtlichen Verfahren gegen die beteiligten Armeeingehörigen.

Darüber hinaus ist das Fehlen einer Einstufung der Gewalt in Papua als Krieg repräsentativ für den fehlenden politischen Willen, die Situation zu lösen. Was am meisten gebraucht wird, so Rumkabu, ist institutionelle wie auch nicht-institutionelle Lobbyarbeit für die Bürger*innen Papuas. Internationale Akteur*innen wie die EU oder Deutschland könnten die Situation öffentlich bewerten und schließlich Transparenz und Rechenschaftspflicht von der indonesischen Regierung einfordern.

Nach den einleitenden Präsentationen eröffnete Andreas Schüller die Podiumsdiskussion mit Fragen aus dem Publikum. Die erste Frage zielte auf das kürzlich verabschiedete Omnibus-Gesetz [zur Schaffung von Arbeitsplätzen] ab. Oliver Pye wies auf die Auswirkungen insbesondere im Bereich der sozialen Sicherheit und eines menschenwürdigen Lebens hin. Das Gesetz, das u.a. zur Absenkung der Mindestlöhne führen und prekäre Arbeitsbedingungen fördern wird, wird die Situation sowohl auf den Plantagen als auch in der Zivilgesellschaft verschlechtern. Elvira Rumkabu fügte hinzu, dass das Omnibus-Gesetz besonders für die indigene Bevölkerung in Papua eine Bedrohung darstellt, deren Leben von ihrem Land abhängt. Ursache hierfür sei die durch das Gesetz bedingte Schwächung lokaler oder kommunaler Behörden und Bevölkerungen hinsichtlich des Widerspruchsrechts zu Landvergaben sowie die Lockerungen für Umweltverträglichkeitsprüfungen. Oliver Pye konstatierte, dass die vom Omnibusgesetz begünstigte weitere Ausdehnung der Palmölwirtschaft und den damit einhergehenden Menschenrechtsverbrechen maßgeblich von drei Akteuren getragen werden: Dem Staat, dem Militär und den Konzernen.

Andreas Schüller machte anschließend auf die Bedeutung der internationalen Gemeinschaft für solche Fälle aufmerksam, insbesondere vor dem Hintergrund

vergängerer Kriege gegen den Kommunismus, z.B. in Chile. Yunantyo untermauerte dies mit dem Hinweis auf die Situation in Zentraljava, die sehr stark von den militärischen Teilen der politischen Rechten beeinflusst wird. Diese beeinflussen auch lokale Gruppen, die normalerweise Aktivist*innen bei ihren Anliegen helfen könnten. Um diesen Versuchen entgegenzuwirken, sei es wichtig, möglichst viele Gruppen und Akteur*innen einzubinden, vor allem aus dem Bildungsbereich. Doch oft hat sein Team erlebt, dass Aktivitäten, die sie öffentlich beworben haben, einen rechten Backlash auslösten. Veranstaltungen wurden gestört und online wurden ‚Fake News‘ über die Absichten ihrer Aktionen verbreitet. Dies schafft ein Klima der Angst für all jene, die sich ihren Aktivitäten anschließen und offen über Menschenrechtsverletzungen sprechen wollen.

Bei genauerer Betrachtung stellte Oliver Pye fest, dass sich zwar viele transnationale Kampagnen gegen die Palmölindustrie richten, der Schwerpunkt bisher aber auf Umweltthemen lag. Das ist mehr als legitim, hat aber auch dazu geführt, dass sich der Fokus mehr auf verbrauchsorientierte Dialoge verlagert hat, an denen alle großen Unternehmen auf freiwilliger Basis teilnehmen. In diesem Rahmen bleibt wenig Raum, um historische Zusammenhänge zu Massenmord und Menschenrechtsverletzungen anzusprechen. Ein vielversprechender Ansatz ist die Schaffung transnationaler Arbeitsnetzwerke, wie zum Beispiel der Transnational Palm Oil Labour Solidarity (TPOLS) Bewegung. Sie zielt darauf ab, Arbeiter*innengruppen aus verschiedenen Ländern zu verbinden und großen Unternehmen durch Organisierung, Tarifverhandlungen oder Streikaktionen Paroli zu bieten.

Elvira Rumkabu beleuchtete außerdem die Anfangsphase des Aufbaus von Unternehmen in ländlichen Gebieten, die zu Beginn oft sehr positiv wahrgenommen wird. Die Konzerne versprechen Arbeitsplätze und Wohlstand für die Region, doch meist verpuffen diese Versprechen in Landnahmen und schlechten Löhnen. Um diesem Fehlverhalten entgegenzuwirken, vernetzen sich vor allem junge Menschen verstärkt über soziale Medien und starten Kampagnen, um die Missstände zu beheben.

Yunantyo unterstützte diese Beobachtungen, indem er sie mit der Gedenksituation in Verbindung brachte. Oft gibt es weder einen Dialog zwischen den Familien der Opfer und den Tätern, noch zwischen ihnen und rechtsgesinnten Gruppen allgemein. Eine gewisse Interaktion findet zwischen Angehörigen gemäßigter religiöser Gruppen statt. Meistens ist es die junge Generation, die offener über die Vergangenheit sprechen und viele der begangenen Verbrechen aufarbeiten möchte.

Alle Teilnehmenden waren sich einig, dass die Einbeziehung junger Menschen, zusammen mit Gesetzesänderungen und internationaler Solidarität, die vielversprechendsten Ansätze sind, um Straflosigkeit in Indonesien zu bekämpfen.

Bericht von Simon Kaack



Stiftung
Asienhaus

